

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1878

29.11.1878 (No. 283)

Karlsruher Zeitung.

Freitag 29 November.

№ 283.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1878.

Bestellungen auf die Karlsruher Zeitung für den Monat Dezember werden bei allen Postämtern Deutschlands, bei der Expedition, sowie bei den betr. H. Agenten angenommen.

Telegramme.

† Berlin, 27. Nov. Die „Prov. Korresp.“ meldet: Der Antritt der Rückreise des Kaisers in Begleitung der Kaiserin nach Berlin ist nach den nunmehr festgestellten Anordnungen auf den 4. Dez. Abends 9^{1/2} Uhr bestimmt. Der Kaiser will auf der Fahrt kurzen Aufenthalt in Potsdam (früh 7^{1/2} Uhr), Magdeburg (9 Uhr) und Groß-Kreuz (10^{1/4} Uhr) nehmen und von da um 11 Uhr 20 Min. in Potsdam und 12 Uhr in Berlin eintreffen. Nur in Magdeburg, Potsdam und Berlin findet offizieller Empfang statt.

† Wien, 27. Nov. Die „Pol. Korresp.“ meldet aus Konstantinopel vom 26.: Fürst Donduhoff-Korsakoff äußerte sich vertraulich, der Kaiser wäre geneigt, eine zuwartende Haltung zu beobachten. Die russischen Truppen verbleiben in ihren gegenwärtigen Stellungen bis zur Beilegung aller Schwierigkeiten. — Aus Bukarest meldet die „Polit. Korresp.“: Rußland legte nach vollzogener Verständigung großes Entgegenkommen an den Tag. Der Kaiser Alexander bot dem Fürsten die Uebergabe der von den Russen in Sulina und Kustendje erbauten Befestigungswerke an Rumänien an. Der größte Theil des russischen Stabes hat Rumänien bereits verlassen. Nach Bulgarien sind angeblich 3 neue russische Armeecorps bestimmt.

† Rom, 27. Nov. Das „Telegraphische Korrespondenzbureau“ meldet aus Rom vom 27. Nov.: Zwischen dem Nuntius Masella in München und dem Fürsten Bismarck einerseits und dem Nuntius und dem Vatikan andererseits soll gegenwärtig ein lebhafter Depeschenaustausch stattfinden. Der Gegenstand desselben wäre ein Kompromiß wegen Besetzung der erledigten Pfarren, wobei die Hauptfrage unberührt bliebe. — Journaldespatches zufolge wurden an mehreren Orten verschiedene Personen ermordet, doch wisse man nicht, ob aus politischen oder privaten Motiven. — Heute Morgen hat der König dem Ministerpräsidenten Cairoli, der noch immer das Bett hütet, im Ministerium des Aeußern einen zweifelhafte Besuch abgestattet.

† Rom, 27. Nov. Nachts. In der Kammer zeigt Zanardelli an, daß Cairoli nächsten Dienstag in derselben erscheinen werde und einwilligt, daß die gestern angekündigten Interpellationen an diesem Tage entwickelt werden. Die Kammer genehmigt sodann den Gesetzentwurf betreffs Aufhebung einiger Ausfuhrzölle. — Im Senate willigt Depoli ein, daß die Interpellation betreffs Verweigerung des Exequatur des Erzbischofs von Bologna verlagert werde. Die Gerüchte über eine Demission Consortis sind gänzlich falsch. Der Ministerrath beauftragt die Minister Consorti und Pestina, sich bezüglich der Kompetenz des Senats, als oberster Gerichtshof über das in Neapel begangene Attentat abzuurtheilen, mit einigen hervorragenden Rechtsgelehrten zu besprechen. Die in Paris verbreiteten Gerüchte von der Ermordung mehrerer Syndici und dem Ausbruch einer Revolution auf mehreren Punkten sind der „Agenzia Stefani“ zufolge reine Erfindungen.

† Paris, 27. Nov. Der schwedische Gesandte, Baron Adelsward, ist gestern Abend gestorben.

† Paris, 27. Nov. Nachrichten aus Spanien zufolge, die der „Agence Havas“ zugegangen sind, hat die Regierung allenthalben Vorbeugungsmaßregeln gegen Aufruhrungen ergriffen. General Dasada ist nach Vittoria zurückgekehrt, um das Kommando der Nordarmee wieder zu übernehmen.

† London, 27. Nov. Unweit Boulogne sind zwei Rettungsboote der „Pommerania“ aufgesperrt und nach Boulogne gebracht. Die Bark „Moe Elian“ ist so ernstlich beschädigt, daß ihre Reparatur in Dover sich als unmöglich herausstellt. Mit der „Pommerania“ gingen 20.000 Dollars verloren, die verschiedenen Passagieren gehörten. Die Namen der in Plymouth gelandeten Personen sind noch nicht ermittelt. Die deutsche Post ist verloren gegangen.

† St. Petersburg, 27. Nov. Gerüchtweise verlautet, die Polizei habe vor Kurzem das Pferd vorgefunden, welches den Mörder des Generals Mezenzoff zur Flucht diente. Die Detektivpolizei verhaftete eine verdächtige Persönlichkeit, welche angab, Schultoffsky zu heißen; man glaubt, dieser habe als Kutscher fungirt während der Entweichung der Mörder nach vollzogener That.

† Konstantinopel, 27. Nov. Said Pascha, ehemaliger Sekretär des Sultans, ist zum Minister der Civilisten, Achmed Mukhtar Pascha zum Kommandanten der Armee von Epirus ernannt.

† Konstantinopel, 27. Nov. Fürst Donduhoff Korsakoff ist nach Sofia zurückgekehrt. — Der britische Botschafter Layard bekräftigte bei seiner Regierung die Uebernahme der Garantie für eine türkische Anleihe von 23 Mill. Pfund.

† Lahore, 27. Nov. Amtliche Berichte bestätigen die

Okkupation von Datta und Pischina. Die Mohmands plünderten Datta vor der Ankunft der britischen Truppen. Der Khan der Mohmands und die Häuptlinge der Khyberdörfer boten ihre Dienste an. Die Dörfer der Umgebung von Jellalabad verweigern dem Emir von Afghanistan die Steuern. Der Fürst von Bahawalpore ist angewiesen, sein Kontingent nach Multan zu dirigiren. Die Kontingente der anderen Hindustanen werden sich binnen Kurzem bei Lahore versammeln; das Kontingent von Kaschmir wird wahrscheinlich mit Ueberwachung der afghanischen Grenze betraut.

Deutschland.

Karlsruhe, 28. Nov. Der „Staatsanzeiger“ Nr. 53 vom Heutigen enthält (außer Personalnachrichten):

Verfügungen und Bekanntmachungen der Staatsbehörden: Des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der Justiz: a. Die Anstellung von Notaren betreffend; b. die Anstellung von Gerichtsschreibern und Notaren betreffend.

Berlin, 25. Nov. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: Die anfänglichen Drohungen der socialdemokratischen Führer mit einer geräuschlosen Agitation in den Werkstätten und in der Familie, der Einschmuggelung socialistischer Zeitungen vom Auslande etc., haben sich als Träumereien erwiesen. Die Furcht vor der Polizei beherrscht vielleicht nicht ganz die Führer, wohl aber die Masse ihrer Anhänger, und gerade in den hiesigen Fabriken, wie in den öffentlichen Lokalen kann man täglich von dem Aufgeben des früheren socialdemokratischen Standpunktes sich überzeugen. Aus den Mittheilungen der Fabrikbesitzer, hier wie in den Industriebezirken, geht bis zur Evidenz hervor, daß diejenigen Leute, welche sich früher zur Socialdemokratie bekannten, zu keiner Klage mehr Veranlassung geben. Sie sind arbeitsam und enthalten sich in oder außerhalb der Fabriken aller demonstrativen Reden. Abgeordnete, welche selbst Fabrikbesitzer sind, versichern, daß bei den künftigen Neuwahlen kaum die Hälfte der Arbeiter für socialdemokratische Kandidaten stimmen würde. Hingegen mache sich unter vielen der Wunsch bemerkbar, im nächsten Frühjahr auszuwandern. Ferner ist gewiß, daß die Versuche der Socialdemokraten, in Sachsen, Posen und in Rheinland-Westphalen sich auf dem Programm der süddeutschen Volkspartei zu einer demokratischen Partei zu vereinen, bisher erfolglos geblieben sind. Auch wird die Absicht eines oder des andern Führers der Socialdemokraten, in der Schweiz mit der Herausgabe von Zeitungen und Flugchriften für Deutschland vorzugehen, kaum zur Ausführung gelangen. Die Schweizer Kantonalbehörden werden sich in die Lage versetzt sehen, das Asylrecht insoweit zu beschränken, daß denjenigen Flüchtlingen, welche die Eidgenossenschaft kompromittiren könnten, einfach der Aufenthalt in den Kantonen verweigert wird. Sobald Seitens einer auswärtigen Regierung eine Beschwerde gegen einen politischen Flüchtling einläuft, wird derselbe von der Bundespolizei aufgefordert, die Schweiz zu verlassen. Falls ihm seine Verhältnisse die Reise nicht gestatten, wird er auf Staatskosten bis an die Grenze befördert. So handelte der Schweizer Bundesrath in den meisten Fällen vor und nach 1848, und so wird er auch jetzt vorgehen, sobald es sich bestätigt, daß von mehreren Regierungen die Ausweisung von Socialdemokraten vom eidgenössischen Gebiete verlangt wird.

Berlin, 26. Nov. Die Arbeiten zur Herstellung der Triumphstraße für den Einzug des Kaisers am 5. Dezember haben gestern ihren Anfang genommen. Die Ausschmückung der Straßen wie die festliche Beleuchtung werden alles vor ihr Dagewesene weit überbieten. Der Reichsfanzler Fürst Bismarck wird, wie man uns mittheilt, am Tage vor der Rückkehr des Kaisers mit seiner Familie von Friedrichsruhe nach Berlin zurückkehren und einige Tage hier verweilen. Der Fürst wird dem Kaiser bis zur Station Groß-Kreuz (Reg.-Bez. Potsdam) am Tage des Einzuges entgegenfahren.

Die dem Herrenhause vorgelegten Verträge zwischen Preußen und andern Bundesstaaten über die Begründung von Gerichtsgemeinschaften sind folgende: 1) ein Vertrag vom 9. Oktober d. J. mit dem Herzogthum Anhalt über die Bestellung des Ober-Landesgerichts zu Naumburg zum Ober-Landesgericht für das genannte Herzogthum; 2) ein Vertrag vom 7. Oktober d. J. mit dem Fürstenthum Schwarzburg-Sondershausen über die Bestellung des Landesgerichts zu Erfurt und des Ober-Landesgerichts zu Naumburg zum Landesgericht bezw. Ober-Landesgericht für das genannte Fürstenthum; 3) ein Vertrag vom 20. August d. J. mit dem Großherzogthum Oldenburg über die Bestellung des Landesgerichts zu Saarbücken und des Ober-Landesgerichts zu Rönitz zum Landesgericht bezw. Ober-Landesgericht für das Fürstenthum Birkenfeld; 4) ein Vertrag vom 17. Oktober d. J. mit den Herzogthümern Sachsen-Meiningen und Sachsen-Roburg-Gotha über die Errichtung eines gemeinschaftlichen Landesgerichts in Meiningen; 5) ein Vertrag vom 17. Oktober d. J. mit dem Herzogthum Sachsen-Meiningen und dem Fürstenthum Schwarzburg-Rudolstadt über die Errichtung eines gemeinschaftlichen Land-

gerichts zu Rudolstadt; 6) ein Vertrag vom 23. April 1878 mit sämmtlichen thüringischen Staaten (außer Schwarzburg-Sondershausen) über den Anschluß preussischer Gebietstheile an das von diesen Staaten auf Grund des Vertrages vom 19. Februar 1877 zu errichtende gemeinschaftliche Oberlandesgericht Jena; 7) ein Vertrag vom 11. November d. J. mit denselben Staaten, die Zusammenlegung mehrerer Landesgerichte zu gemeinsamen Schwurgerichtsbezirken betreffend. Der Hinzutritt des anhaltischen, schwarzburg-sondershausenschen und birkenfeldischen Gebietes zu preussischen Land- und Ober-Landesgerichts-Bezirken führt nirgends zu Unzuträglichkeiten, kann vielmehr, wenigstens rücksichtlich der beiden ersteren, als eine erwünschte Erweiterung und Abrundung der betheiligten Bezirke betrachtet werden. Durch die Bestellung des Landesgerichts zu Erfurt zum Landesgericht für das gesamte Fürstenthum Schwarzburg-Sondershausen, welches sowohl mit der sogenannten Ober- als mit der sogenannten Unterherrschaft an die preussischen Theile des Landesgrenzbezirks angrenzt, erfährt die sonst nur 187,921 betragende Zahl der Gerichtseingesessenen einen willkommenen Zuwachs von 67,480 Seelen. Die Bestellung des Landesgerichts Saarbücken zum Landesgericht für das anstoßende oldenburgische Fürstenthum Birkenfeld erhöht die Zahl der Gerichtseingesessenen von 264,000 um etwa 36,200 Seelen.

Dem Vernehmen nach ist der deutsche Botschaftssekretär in Paris, Stamm, nach Petersburg, und der Botschaftssekretär Graf v. Arco nach London versetzt worden. Beide verlassen Ende dieses Jahres die französische Hauptstadt.

Die „Tribüne“ meldet: Wenn auch den Attentäter Nobiling der Kaiser deckt, so ist deshalb, wie wir hören, die Untersuchung in Bezug auf etwaige Mitschuldige desselben etc. nicht geschlossen und die Voruntersuchung wird immer noch eifrig, und zwar unter Bezeichnung der Alten Nobiling, geführt. Diese Untersuchung erstreckt sich über die Grenzen unseres Vaterlandes hinaus, und manches in fremder Sprache abgefaßte Schriftstück wird und ist bereits in dieser Sache durch Dolmetscher überfetzt und den Alten einverleibt worden. Natürlich wird man über das Ergebnis der Untersuchung wohl vor deren Beendigung wenig oder nichts erfahren.

Berlin, 27. Nov. Abgeordnetenhause. Vor Eintritt in die Tagesordnung theilte der Präsident das gestern bereits telegraphisch signalisirte Antwortschreiben Sr. Maj. des Kaisers auf die Kondolenz- und Glückwunsch-Adresse des Gesamtvorstandes des Hauses mit; bei Verlesung dieses von Wiesbaden 26. d. datirten Schriftstückes erhoben sich die Abgeordneten; der vollständige Wortlaut des Kaiserlichen Schreibens ist folgender:

Ich habe den vom Gesamtvorstand des Abgeordnetenhauses unterm 20. d. Mir gewidmeten Ruf gern entgegengenommen. Es hat Mir herzlich Freude bereitet, daß das Abgeordnetenhause seine Thätigkeit in der gegenwärtigen Landtags-Session damit begonnen hat. Mir eingedenk des herben Geschicks, das Mich im Laufe des Jahres heimgesucht, wie aus Anlaß Meiner glücklichen Genesung warme Theilnahme zu bekunden. Mit innig empfundenem Danke erkenne Ich in Ihrer Aufmerksamkeit den Ausdruck der Anhänglichkeit von der die Vertreter des Landes für Meine Person und Mein königliches Haus erfüllt sind. Je tiefer Ich von der Anfrichtigkeit derselben überzeugt bin, mit desto größerem Nachdruck kann Ich die in der Adresse ausgesprochene Annahme bestätigen, daß gegenüber den schmerzlichen Erfahrungen dieses Jahres die zahllosen Beweise von der Treue, Liebe und Hingebung des Volkes Mein Gemüth dankbar aufgerichtet und Meinem Herzen zum köstlichen Troste gereicht haben. Befördert und gehoben durch dieses Vertrauen, gebe Ich nach der von der göttlichen Vorsehung nunmehr beschiedenen Wiederherstellung bald in Meinen fürstlichen Beruf zurückzukehren, dem Ich Mich um so lieber wieder hingeben werde, als Ich sicher bin, bei dem Hause der Abgeordneten dem ungetrübten Verständnis Meiner der ruhigen Entwicklung des Vaterlandes gewidmeten Bestrebungen zu begegnen.

Die Nachweisung über die Anzahl der 1878/79 zur Klassen- und klassifizirten Einkommensteuer veranlagten Personen wurde der Budgetkommission überwiesen, der Rechnungsbericht über die Ausführung des Gesetzes betr. die Konsolidirung von Staatsanleihen durch einmalige Schlussberathung für erledigt erklärt, die Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben pro 1877/78 der Rechnungskommission überwiesen. Es folgte die erste Lesung des Etats mit dem Anleihegesetz. Von Ricker ist beantragt, eine Reihe von Spezialetat des Ordinariums in zweiter Lesung im Plenum zu berathen, dagegen die übrigen Spezialetat des Ordinariums und das gesamte Extraordinarium mit den zum Etat gehörigen Gesekentwürfen der Budgetkommission zu überweisen. Ricker nahm das Wort zu einer eingehenden Kritik: er halte das Defizit für zu hoch gegriffen, eine Reduzirung desselben für möglich und empfehle als rationellstes Mittel zur Verbesserung der Finanzlage eine bewegliche direkte Steuer in Preußen wie im Reiche. Redner erkenne die Nothwendigkeit der Vermehrung der Reichseinnahmen an, jedoch unter der Vorbedingung einer konstitutionellen wirtschaftlichen Verwaltung, fordere die Sichtung der Staatsposten durch die Budgetkommission unter dem Gesichtspunkt augenblicklichen und dauernden Bedürfnisses, verlange Ersparnisse im Eisenbahn- und Bauetat und empfehle den Antrag Ricker, sowie die Er-

stattung eines Generalberichts der Budgetkommission über die allgemeine Finanzlage.

Jedlig bekämpfte einzelne Ausführungen Lasker's und plaidierte für die Entwicklung des indirekten Steuersystems. Richter (Hagen) erörterte die allgemeine Finanzvorlage, bekämpfte die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftspolitik, beleuchtete die einzelnen Etatsposten und sprach sich gegen eine ausgedehnte Staatsindustrie aus, wobei ein Ueberblick über die eigentliche Finanzlage nicht möglich sei. Richter griff den Steuerreform-Plan des Reichskanzlers an, welcher das parlamentarische Budgetrecht vernichte und die Steuerlast ohne wesentliche Äquivalente um 300 Millionen erhöhe. Seine Partei werde keine neuen Steuern bewilligen, bis der Reichskanzler zu einer gesunden Steuer- und Wirtschaftspolitik zurückkehre. Der Finanzminister revidierte den Steuerreform-Plan der Regierung. Wenn man einerseits die indirekten Steuern erhöhe, stelle man andererseits das Reich auf eigene Füße und erleichtere wesentlich die Kommunen, was nicht möglich gewesen sei, so lange die direkten Steuern die Haupteinnahmequelle des Staates bildeten. Ohne die Erhöhung der indirekten Steuern sei auch die Selbstverwaltung und das Unterrichtsgesetz undurchführbar. Der Minister bestritt, daß er Hoffnungen erweckt habe, die der Staat nicht erfüllen könne. Größere als die bereits bezeichneten Forderungen würden bei der Reform an die Steuerkraft des Landes nicht gestellt werden, auch sehe er nicht ein, weshalb Richter den Etat bekämpfe, da doch über die dem Staate obliegenden Aufgaben eine wesentliche Meinungsdivergenz zwischen der Regierung und dem Abgeordnetenhaus nicht bestehen könne. Er hoffe, das Haus und die Regierung würden sich verständigen. Minister Friedenthal tritt für eine neue Tarifpolitik ein, wodurch allein dem großen Mißstande abgeholfen werden könne. Der Handelsminister, welcher heute durch Unwohlsein verhindert sei, werde demnächst die preussische Eisenbahn-Politik und Tarifpolitik im Einzelnen rechtfertigen. Die Tarifveränderungen bezweckten wesentlich die ausländische und inländische Industrie gleichzustellen, womit man im Lande einverstanden sei. Köller sprach in längerer Ausführung für den Etat im Sinne von Jedlig. Fortsetzung der Berathung morgen.

† Berlin, 27. Nov. Die „Prov.-Korresp.“ bringt einen Artikel „Der preussische Staatshaushalts-Etat und die Finanzreform im Reiche“; derselbe knüpft an die Rede des Finanzministers beim Einbringen des Etats an und an den vom Reichskanzler zugleich in seiner Eigenschaft als preussischer Ministerpräsident bei den Bundesgewalten gethanen Schritt, um eine Vermehrung der Reichseinnahmen durch stärkere Heranziehung der dem Reiche zur Verfügung stehenden Einnahmequellen herbeizuführen. Der Artikel weist sodann auf v. Bennigsen's Rede im Frühjahr 1877 hin, worin derselbe die enge Verbindung der verantwortlichen Reichs-Finanzverwaltung mit der Finanzverwaltung des größten deutschen Staates als zu erstrebendes Ziel bezeichnete. „Wenn diese Hoffnung und Ankündigung im Vorjahre unerfüllt geblieben, so dürfte doch die Regierung den Glauben an ihre schließliche Erfüllung um so weiter aufgeben, als die tatsächlichen Entwicklungen auf dem finanziellen und wirtschaftlichen Gebiete, sowie die Regungen des öffentlichen Geistes die Regierung in der Ueberzeugung von der Richtigkeit ihres Strebens nur bestärken konnten und zugleich die Bewegungen auf dem sozialen Gebiete vermöge ihres Zusammenhangs mit den wirtschaftlichen Fragen die Dringlichkeit der in Aussicht genommenen Lösungen erhöhten.“

Der „Nordb. Allgem. Ztg.“ zufolge entschied die auf Grund des Socialistengesetzes fungierende Reichskommission am Montag über acht Beschwerdebefälle, darunter auch über den die „Berliner Freie Presse“ betreffenden. Die bezüglichen Beschlüsse werden den Beteiligten im Laufe der Woche zugehen. Nächsten Montag ist wiederum eine Sitzung der Kommission, für welche eine größere Anzahl Beschwerden zum Vortrag steht.

Der Schriftsteller Brachvogel ist im Alter von 55 Jahren vergangene Nacht am Schlaganfall gestorben.

† Berlin, 27. Nov. Der „Nordb. Allgem. Ztg.“ zufolge genehmigte der Kronprinz als Protokoll der Kaiser-Wilhelm-Spende die Bildung einer aus angesehenen, theils mit den Arbeiterverhältnissen, theils mit dem Versicherungswesen besonders vertrauten Personen bestehenden Kommission, welche über die Nuzbarmachung der gesammelten Gelder berathen wird. Zum Vorsitzenden dieser Kommission hat der Kronprinz den Feldmarschall Grafen Moltke ernannt, mit der Ermächtigung, sich einen Stellvertreter zu substituieren. Zu Mitgliedern der Kommission wurden ernannt: Bürgermeister Dunder, Delbrück, Gneist, Schulze-Delitzsch, Sombart, Engel, Stumm, Böhmert (Dresden), Justizrath Stämmeler, Heyne (Leipzig), Fabrikant Wittenstein (Barmen), Prof. Dingler (Karlsruhe), Rechtsanwalt Hölder (Stuttgart), v. Gramer-Klett (München), Bankdirektor v. Schauff (München), Rechtsanwalt Freytag (Augsburg), Fabrikbesitzer Schlumberger (Mühlhausen); ferner zu Referenten für bez. Ressorts Geh. Rath Niederding für das Reichskanzler-Amt, Geh. Rath Vohmann für das Handelsministerium, die Geh. Räte Ribbeck und Jorch für das Ministerium des Innern. Die Mitglieder der Kommission sind zu einer ersten Berathung auf den 3. Dezember in das Herrenhaus eingeladen.

H. München, 27. Nov. Bei den Gemeindevahlen in Nürnberg und Schweinfurt drangen sämtliche Kandidaten der Liberalen durch, während in Fürth 7 Liberale und 5 Volksparteiler gewählt wurden; der bekannte socialdemokratische Agitator Löwenstein, seit 9 Jahren Gemeindevollmächtigter, fiel durch. Jüngstadt wählte ultramontan, Pfarrkirchen gemäßigt. — Der Redaktion des liberalen „Kronacher Tagblatt“ kam ein anonymes Brief folgenden Inhalts zu: „Hr. Redakteur! Seit einiger Zeit bringt Ihr Blatt auffallend viele Heftartikel gegen den Wucher. Daß Sie sich damit schädigen, müßte Ihnen doch einleuchten; denn fahren Sie fort, wie bisher, wird man Ihnen in der Folge keine

Arbeiten und Annoncen zuwenden.“ Darauf antwortete die Redaktion des genannten Blattes: „Dem Hrn. Einsender möge zur Notiz dienen, daß diese Drohung uns durchaus nicht abhalten kann, den unsittlichen blutsaugerischen Wucher nach wie vor zu brandmarken.“ — Zur internationalen Kunstausstellung in München im Jahre 1879 sind nunmehr die Einladungen des Komite's nebst Programm bereits vollständig, mit Ausnahme der Abdrücke in italienischer Uebersetzung, zur Versendung gelangt. Das Komite hat nach allen Seiten an die Beteiligten, einzelne Künstler, wie Vereine und Körperschaften Einladungen versendet. Bezüglich seines vollsten Gelingens bestehen die besten Aussichten, da von allen Seiten, ganz besonders auch von französischen Kreisen, das trefflichste Entgegenkommen gezeigt wird. Einladung und Programm sind in einer Gesamtauflage von etwa 7000 gedruckt, 4000 deutsche, 2000 französische, 500 je englische und italienische Uebersetzungen. Die Ausstellung ist nur für Kunstwerke bestimmt, keineswegs für Kunstindustrie-Erzeugnisse, was zur Beseitigung fernerer Mißverständnisse und daraus hervorgehender Anfragen hier ganz ausdrücklich wiederholt wird.

† Darmstadt, 27. Nov. Die „Darmstädter Ztg.“ bringt eine Veröffentlichung der den Großherzog behandelnden Aerzte, wonach die Genesung so weit vorgeschritten ist, daß regelmäßige Buletins nicht mehr ausgegeben werden. Der Kräftezustand läßt noch viel zu wünschen übrig, deshalb ist gegenwärtig nur langsam die Wiederherstellung des vollständigen Gesundheitszustandes zu erwarten.

Italien.
Der Erzbischof von Bamberg fungirt bis zur Beendigung des Kulturkampfes als Träger der Verbindung zwischen dem Vatikan und dem preussischen Episkopat und Klerus. Derselbe beräth die Kurie in kleinen Angelegenheiten und Tagesfragen der geistlichen Verwaltung und vermittelt wiederum die Instruktionen der Kurie an den preussischen Klerus. Dieses zeitweilige Vermittlerverhältnis hat die Zustimmung Bismarck's. Der Papst belobte das kluge Verhalten des Erzbischofs von Neapel der Staatsgewalt gegenüber und bestimmte ihm den Kardinalshut. — Cairoli weigert sich, das Kabinett theilweise umzugestalten; es steht daher eine allgemeine Kabinettskrisis in Aussicht. Die Neubildung wird indessen wieder unter Cairoli's Leitung erfolgen.

Frankreich.
Paris, 27. Nov. Der Enquetenausschuß des Abgeordnetenhauses war heute im Palais Bourbon versammelt, um den Bericht des Abg. Joly über die Wahl des Herzogs Decazes in Puget-Théniers entgegenzunehmen. Der Minister selbst war vorgeladen, hat es aber nicht für angemessen gehalten, vor dem Ausschusse zu erscheinen.

Die Rechte des Senats sollte gestern über Form, Gegenstand und Umfang der von ihr einzubringenden Interpellation Beschluß fassen; die Zusammenkunft wurde aber unter dem ersten Eindruck des Briefes des Grafen Chambord wieder abbestellt; man will erst abwarten, daß die äußerste Rechte einigermaßen die Befinnung wiedergewonnen und die Notwendigkeit, trotz alledem mit Delcassé und Bonapartisten Hand in Hand zu gehen, wenn man in den Senatwahlen retten will, was noch zu retten ist, eingesehen haben wird.

Zu dem Briefe des Grafen Chambord bemerkten wir neulich, es würde höchstens interessant sein, das Urtheil der orleanistischen oder „verfassungstreuen“ Blätter über dieses Altkunststück zu hören. Die Verlegenheit dieser Organe ist aber so groß, daß sie sich überhaupt jedes motivierten Gutachtens enthalten. Der „Français“ druckt den Brief in einem Winkel der dritten Seite ab, ohne auch nur eine Sylbe hinzuzufügen; der „Soleil“ und der „Moniteur universel“ äußern in je fünf Zeilen ihr Bedauern, das Oberhaupt des Hauses Bourbon in einer Zeit, da Einigkeit unter den Konservativen dringend noth thue, eine so schroffe und kriegerische Sprache führen zu hören.

Rumänien.

† Bukarest, 26. Nov. Fürst Karl hat eine Proklamation an die Einwohner der Dobrußa erlassen, worin er sagt: Die Rumänen betreten das Land nicht kraft des Rechtes der Eroberung, sondern als Senbotten Europa's. Die Proklamation fordert die Einwohner aller Nationalitäten und Bekenntnisse auf, die rumänischen Behörden mit Vertrauen zu empfangen; welche mit der Aufgabe kommen, den Prüfungen der Vergangenheit ein Ziel zu setzen, die Schäden des letzten Krieges zu heilen und den moralischen wie materiellen Zustand des Landes zu entwickeln. Sich speziell an die Mohammedaner wendend, sagt die Proklamation: Das rumänische Recht läßt keinen Unterschied der Rasse und Religion zu. Euer Glaube, eure Familie werden gleichen Schutz genießen, wie der Glaube und die Familie der Christen. — Die Proklamation kündigt an, daß alle Zehnten für 1879, die Militärbefreiungs-Taxe und die Wahlsteuer für immer aufgehoben werden. Was die übrigen türkischen Auflagen anbelange, so würden dieselben vom 1. Januar 1879 durch leichte und gerecht vertheilte Steuern ersetzt werden.

Abgeordnetenwahl.

Sinsheim, 28. Nov. Bei der heute dahier vollzogenen Abgeordnetenwahl wurde Herr Oberamtmann Frey in Tauberbischofsheim mit 111 von 113 Stimmen zum Abgeordneten für den 51. Wahlbezirk gewählt.

Badische Chronik

Karlsruhe, 28. Nov. (Die Kreisversammlung des Kreises Karlsruhe) trat heute zu ihren jährlich wiederkehrenden Berathungen zusammen. Eröffnet wurde dieselbe durch den Kreishauptmann, Hrn. Stadtdirektor v. Freen. Außer dem Vertreter der Großh. Regierung, Hrn. Landeskommissar Eisenlohr, waren anwesend: die Mitglieder des Kreis-Ausschusses, 3 Großgrund-

besitzer und 41 Abgeordnete der Gemeinden, Städte und Kreis-Wahlmänner.

Zum Vorsitzenden wurde gewählt: Hr. Oberhofgerichts-Rath Wielandt, als dessen Stellvertreter Hr. Oberbürgermeister Groß von Borzheim, zu Sekretären Hr. Bürgermeister Latiner von Mühlburg und Hr. Bell von der Neuborfer Mühle.

Der Vorsitzende widmet dem vorstorbene Mitglieder des Kreis-Ausschusses, Hrn. Oberförster Maier, Worte ehrenden Andenkens, denen die Versammlung durch Erheben von den Sigen zustimmt.

Zunächst mocht der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses verschiedene geschäftliche Mittheilungen, indem er besonders auf den Umfang und das fortwährende Steigern der dem Kreis-Ausschuß obliegenden Aufgaben hinweist, welche die Anstellung eines besonderen Sekretärs nöthig erscheinen ließen, wozu die Genehmigung der Versammlung erbeten wird.

Es wird nun zur Tagesordnung übergegangen.

Den ersten Gegenstand derselben bildet der Bericht des Kreis-Ausschusses, das Erziehungs-wesen der Armenkinder betr., Referent: Stadtrath Lechtin.

Nach dem Berichte waren am 1. Oktober 1878 928 Armenkinder (im Vorjahre 929) in Verpflegung, welche einen Aufwand von 80,137 M. veranlaßten. Die Kreis-Ausschuß hat hiezu beigetragen 29,938 M., für das nächste Jahr sollen 32,000 M. in den Vorschlag aufgenommen werden.

Der Armenrath in Karlsruhe hat den Versuch gemacht, in wohlhabenden Landgemeinden Armenkinder in größerer Anzahl unterzubringen, und bezeichnet diese Maßregel als zweckmäßig, da der Ortswechsel, die Trennung von Verwandten sowie das Landleben überhaupt physisch und moralisch günstige Wirkungen auf die Kinder äußerten.

Oberbürgermeister Groß macht verschiedene Bemerkungen bezüglich der Verpflegungsbeiträge für Halbwaife. An der Diskussion hierüber beteiligten sich die Hrn. Ullmann, Lechtin, Oberle, welche eine genauere Statistikdarstellung der Zahl der ehelichen und unehelichen Kinder und der Halbwaifen beantragt, Baurichter, Lang, Lambrecht, Arnshberger, Weber, Groß wiederholt mit dem Antrag, die Beiträge für Halbwaife nicht als vertragsmäßigen Verpflegungsbeitrag, sondern in der Form eines Erlasses an die betreffende Armenkassa halbjährlich auszugeben, welchen Antrag der Groß-Landeskommissar durchaus begründet findet. Nachdem noch der Hr. Kreis-Ausschußpräsident das bisherige Verfahren vom rechtlichen Standpunkt aus beleuchtet und gerechtfertigt, formulirt Hr. Groß seinen Antrag, über dessen formelle Behandlung sich noch eine kleine Debatte entspinnt, an welcher sich der Hr. Landeskommissar, Hr. Ullmann, Lang, Hed und Kopp beteiligten. Ein Schlußantrag, gestellt von Sinner, wird angenommen. Groß ändert nun seinen Antrag dahin: „Die Versammlung überläßt die Bestimmung über die Form der Uebernahme für Bewilligung von Erziehungsbeiträgen für Halbwaifen dem Kreis-Ausschuße, welcher die in den Kreisversammlungen geäußerten Wünsche und Ansichten bezüglich der Auszahlung ermögen und erledigen wird.“

Dieser Antrag wird ebenso wie jener des Kreis-Ausschusses auf Bewilligung von 32,000 M. für die Armenkinder-Pflege genehmigt.

Dem Berichte über Verpflegung von Augenkranken, Referent Dr. Ullmann, Verwaltungsgerichts-Rath und Vorstand des Kreis-Ausschusses, entnehmen wir, daß in der Universitäts-Augenklinik Heidelberg 6, in der Vereinsklinik Karlsruhe 103 arme augenkrankte Kreisangehörige mit 133 bezw. 2025 Verpflegungstagen behandelt wurden. Erkrankungen der Hornhaut (37) und der Linse (Staarbildung) 15, sind der Zahl nach die hervortretendsten Fälle in der Karlsruher Klinik. Geheilt wurden daselbst 74, wesentlich gebessert 19, unbedeutend gebessert 6, ungeheilt entlassen 4. Operationen wurden gemacht 58, darunter Stear 12, künstliche Pupillenbildung 21, Schieloperationen 4 u. s. w. Unter den Stearoperationen war eine ohne Erfolg, da der Operirte, ein Idiot, künbig den Verband abriß. Der Verpflegungsaufwand betrug 3488 M., wovon die Gemeinden (in der Regel 1/2) 1072 M. zu ersetzen hatten. In den Vorschlag für 1878/79 sollen wie bisher 4400 M. eingestellt werden.

Bielefeld stellt den Antrag, die Beiträge der Gemeinden ganz fallen zu lassen und den ganzen Aufwand für Augenkranken auf die Kreis-Ausschuße zu übernehmen. Sinner ist gegen diesen Antrag. Groß unterstützt den Antrag. Dafür sprechen noch Hed, Weber, dagegen Ullmann, Murr, Siegrist, Kreis-Ausschuß-Bauer. Der Antrag wird mit 23 gegen 21 Stimmen abgelehnt und der Vorschlag angenommen. (Schluß folgt).

Durlach, 26. Nov. (D. B.) Heute Morgen war Antiquitätenhändler Dehmer von Karlsruhe hier, um den in der Jägerstraße gehobenen Fund von Silbermünzen zu beschichtigen. Gutem Vernehmen nach soll das Doppelgeldstück des Kellers im Hause Nr. 3 der Jägerstraße einer eingehenden Besichtigung durch Sachverständige unterzogen und je nach Befund photographisch aufgenommen werden.

Wiesloch, 27. Nov. (B. Z.) Wie wir erfahren, hat der Gemeinderath hiesiger Stadt zwei Waagmeister aufgestellt, welche bestimmen, den dahier verkauften Tabak gegen Erhebung einer kleinen nach Zentner zu berechnenden Gebühr abzuwiegen. Wir können diese neugetragene Einrichtung um mehr eine praktische und gute nennen, als diese Waagmeister amtlich verpflichtet werden sollen und über die zum Abwiegen kommenden Tabake genaue und zuverlässige Verzeichnisse zu führen haben. Die hiesigen Tabakproduzenten machen wir hierauf besonders aufmerksam und es dürfte im Interesse eines jeden Tabakbauenden liegen, beim Kaufabschlusse die Bedingung zu stellen, daß sein Tabak nur durch die städtischen Waagmeister gewogen werde. — Das diesjährige Gahholz soll aus einem Stier Kuchholz 1 1/2 Meter lang und 38 schönen Stodweilen bestehen, das übrige Holz 1 Meter lang aufbereitet werden, vorbehaltlich der Genehmigung der Groß-Ober-Forschbehörde.

Heidelberg, 27. Nov. Das zweite Abonnementskonzert des hiesigen Instrumentalvereins vom 25. d. brachte der ansehnlich zahlreichen Zuhörerschaft einen seltenen Genuß: Hrn. Musikdirektor Bock war es gelungen, den ausgezeichneten Geiger Hrn. Emil Saurat aus Paris für diesen Konzertabend zu gewinnen. Reicher, sämmtlicher Beifall lobte dessen Vorträge von „Konzert für Violine in Fis-moll von Ernst“ und den Solostücken (für Violine mit Klavier) „Baccarole von Spohr“, bei welchen man die vollendete Technik nicht minder, wie die zu Tage tretende tiefe, gefühlvolle Auffassung bewundern mußte. Hr. Saurat hatte schließlich die Güte, die Zuhörer mit einer Pièce von Raff zu erfreuen. Hr. M. Fischer aus Berlin gab sich als gute Schülerin von Hrn. Prof. Stodhaus aus; nur schien ein gewisser

